

20.05.2021, Philipp Loser, Christian Zürcher, Stefan Häne

Bei den Agrarinitiativen sind gerade alle am Durchdrehen – schon wieder

Die Diskussion um eine nachhaltigere Landwirtschaft ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Bauern giften sich gegenseitig an, Politikerinnen brauchen wegen Morddrohungen Polizeischutz. Geht da gerade etwas kaputt in der Schweizer Debattenkultur?

Céline Vara steht jetzt unter Polizeischutz. Die grüne Ständerätin aus Neuenburg hat kürzlich in einer Fernsehsendung von RTS ihre Meinung zu den Agrarinitiativen geäußert. Sie befürwortet beide, die Trinkwasserinitiative und die Pestizidinitiative. Es war ein engagierter Auftritt von Vara, aber nichts, was man im hiesigen Fernsehen noch nie gesehen hätte. Klassischer Abstimmungskampf.

Was auf ihren Auftritt folgte, war nicht mehr klassischer Abstimmungskampf. Es war Hass. Die Todesdrohungen waren so massiv, dass Vara Polizeischutz beantragen musste. Man könne nie ausschliessen, dass eines Tages jemand tatsächlich ausraste, begründete die Ständerätin ihren Entscheid gegenüber RTS. Vara ist kein Einzelfall. Am Dienstag machte CH Media publik, dass Franziska Herren, die Initiantin der Trinkwasserinitiative, eine Morddrohung gegen ihre ganze Familie erhielt.

Die Fitnesstrainerin hat ihre Kinder allein grossgezogen und einen heftigen Autounfall überlebt. Doch nun, diese Situation, das sei kein Vergleich. «Ich kenne meinen Stresslevel schon gar nicht mehr», sagt sie. Die vergangenen Tage und Wochen haben bei ihr Spuren hinterlassen. Sie ist gerade bei den Bauern zum Blitzableiter des gewachsenen Zorns geworden. Zeitungen liest sie keine mehr, Facebook meidet sie. Ein Team legt ihr die wichtigen Artikel und Neuigkeiten hin. Selbstschutz.

Die Debatte ist eskaliert

Die Todesdrohungen gegen die beiden Frauen sind Symptome einer Debatte, die längst eskaliert ist. Als «enorm aufgeheizt» bezeichnet der Bauernverband die allgemeine Lage. Beim Komitee für die

Pestizidinitiative, auf der Gegenseite, melden sich laut Komitee-Mitglied Dominik Waser täglich Bauern, die sich nicht mehr öffentlich getrauen, die Initiative aktiv zu unterstützen.

Die beiden Lager decken sich ein mit Verunglimpfungen, das Spektrum reicht von «Giftbauern» über «Verräter» bis «Ökokrieger». Plakate für und gegen die Initiativen werden herabgerissen und zerstört. Die Stimmung ist aufgeladen, aggressiv, unversöhnlich.

Nun ist es nicht das erste Mal in der Geschichte der direkten Demokratie, dass ein Abstimmungskampf ausartet. Doch die Entgleisungen scheinen sich zu häufen. Der letzte so emotionale und giftige Kampf liegt mit der Konzernverantwortungsinitiative erst sechs Monate zurück. Was geschieht da gerade? Müssen wir uns daran gewöhnen, dass solche Abstimmungskämpfe zur Regel werden? Erleben wir gerade das Ende der konsensualen Schweizer Demokratie?

«Der anonyme Abstimmungskampf ist tatsächlich sehr rau und geladen», sagt Laura Grazioli, eine Biobäuerin aus Sissach, «doch im direkten Austausch auf der Strasse oder so, geht es immer noch meistens ziemlich offen und konstruktiv.» Grazioli ist Landrätin für die Grünen; sie lehnt die Trinkwasserinitiative ab und befürwortet die Pestizidinitiative.

Diese Abweichung von der Linie der Grünen hat in der Partei viel zu reden gegeben – aber auf eine gute Art, findet Grazioli. Mehr Sorgen macht sie sich um die Auswirkungen des Abstimmungskampfes auf die Bauern. In den vergangenen Jahren habe es zwischen konventioneller und Bio-Landwirtschaft eine Annäherung gegeben. «Das Verständnis füreinander hat zugenommen. Dieser Abstimmungskampf gefährdet das. Da könnten Gräben entstehen, die nicht mehr so einfach zu flicken sind.»

Dass der Abstimmungskampf so gehässig und emotional verlaufe, habe viele Gründe, sagt Grazioli. Alle paar Jahre gebe es grundlegende Veränderungen in der Agrarpolitik, die Anpassungsleistung der Landwirte sei hoch. Tierwohl, Ökologie, verschiedenste Auflagen: «Viele Bauern sind mit der Zeit gegangen, haben sich verändert und angepasst. Darum verstehen es viele als nicht gerechtfertigten Vorwurf, wenn nun rund um die Initiativen der Eindruck erweckt wird, in der Landwirtschaft sei gar nichts passiert. Sie nehmen das persönlich.»

«Ein extrem tiefer Graben»

Ziemlich exakt zwischen den Fronten steht auch Christine Badertscher. Wie Grazioli lehnt die Grünen-Nationalrätin die Trinkwasserinitiative ab, die Pestizidinitiative heisst sie gut. Sie kenne beide Welten sehr gut, die städtische und die ländliche, sagt die Bernerin. «Der Graben dazwischen ist derzeit extrem tief.» Aufgewachsen ist Badertscher auf einem Bauernhof im Emmental; sie hat ein Masterstudium in Agrarwissenschaften abgeschlossen und zwischen 2013 und 2017 beim Schweizer Bauernverband gearbeitet. Die Stimmung in der Bevölkerung empfindet Badertscher als aufgeladen, ja teils aggressiv: «Kaum jemand versucht mehr, andere Meinungen zu verstehen.» Das beobachte sie aber nicht nur im Kontext der beiden Agrarinitiativen.

Bereits Ende April hat Badertscher zusammen mit Mitstreiterinnen vom Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverband öffentlich dazu aufgerufen, in den kommenden Wochen fair und sachlich zu diskutieren. Genützt hat es nichts. Natürlich habe sie nicht damit gerechnet, dass nun plötzlich alle nett miteinander seien, sagt Badertscher. «Aber dass es so ausartet, überrascht mich doch.»

Schuld daran seien beide Seiten. Nicht nur die Bauern, die sich bedroht fühlen. Sondern auch die Initianten und ihre Verbündeten, die von Töten und Vergiften sprechen. Deren Aufruf, zu einem fairen politischen Abstimmungskampf zurückzukehren, bezeichnet die Nationalrätin als «gut, weil es ein Anfang zur Deeskalation sein kann». Sie findet den Aufruf aber auch «etwas heuchlerisch», denn auch die Initianten hätten zur Polarisierung beigetragen. «Sie zeichnen das Zerrbild einer Landwirtschaft, die allein alle Probleme verschulde.»

Eine Mitschuld gibt Badertscher auch den Umweltverbänden, die mit der Kampagne «Agrarlobby stoppen» das Terrain für den Abstimmungskampf schon frühzeitig bereitet haben. Tatsächlich zielen die Umweltverbände auf Konzerne wie Fenaco und Syngenta, treffen aber die einfachen Bauern. «Die Polarisierung nützt den Scharfmachern, und zwar auf beiden Seiten. Zur Lösungsfindung trägt sie aber kaum bei.»

Gegenseitige Schuldzuweisungen

Wer ist schuld? Es ist immer der andere. In einer offiziellen Stellungnahme ruft der Bauernverband dazu auf, die freie Meinungsäußerung zu akzeptieren und mit Argumenten zu arbeiten. In der Mitteilung heisst es, dass die Befürworter der Agrarinitiativen den Verlust von Plakaten zu beklagen hätten. «Dieser steht aber in keinem Verhältnis zu den Zerstörungen und dem Vandalismus, welche die gegnerische Kampagne erfährt.» Es seien die Umweltverbände, die das Klima angeheizt hätten.

Ähnlich tönt es von der Gegenseite. Die Eskalation der Debatte sei «klar gewollt», sagt Dominik Waser vom Komitee der Pestizidinitiative. Es sei gewollt, dass man nicht mehr zwischen den beiden Initiativen unterscheide. Es sei gewollt, dass die Unterstützerinnen und Unterstützer möglichst nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten. Es sei nun Zeit, zu einer demokratischen und respektvollen Diskussion zurückzufinden.

Dreieinhalb Wochen dauert der Abstimmungskampf noch. Begonnen hat er als Diskussion über unsere Landwirtschaft und die Konsumgewohnheiten der Schweizerinnen und Schweizer, als wunderbares Abbild der direkten Demokratie. Enden tut er ganz anders. Ziemlich hässlich.